

## KLI-168 Klima schützen, Wohlstand sichern – Baden-Württembergs grüner Weg ins klimaneutrale und fossilfreie Zeitalter

Antragsteller\*in: LAG Wirtschaft, Finanzen und Soziales  
 Beschlussdatum: 24.08.2019  
 Status: Zurückgezogen

### Änderungsantrag zu KLI

Von Zeile 167 bis 177:

Es muss endlich für CO<sub>2</sub> in allen Sektoren einen Preis geben. Einen Preis mit Lenkungswirkung. ~~Wir unterstützen den Vorstoß der Bundesgrünen und der grün-regierten Länder für ein konkretes Modell, einen Preis für den Ausstoß von CO<sub>2</sub> einzuführen. Nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen, werden ökonomische Anreize für Klimaschutz gesetzt. Wir wollen nach dem Grundsatz handeln: Die alte Energiewelt finanziert die neue. Hier muss der Bund aktiv werden. Auf fossile Kraft- und Brennstoffe wird ein Preisaufschlag erhoben, der über die Zeit anwächst. Es ist quasi eine Müllgebühr für den klimazerstörenden CO<sub>2</sub>-Abfall. Die Einnahmen werden als Energiegeld und durch die Senkung der Stromsteuer an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben. Nur so kann das Wirtschaftssystem bei der Lösung des Weltklimaproblems seinen unverzichtbaren Beitrag leisten. Wir verkennen dabei nicht, dass es neben der CO<sub>2</sub>-Bepreisung noch weitergehender Maßnahmen Bedarf. Der europäische Emissionshandel (EU-ETS) ist aufgrund von Fehlsteuerungen in der Sackgasse und im derzeitigen Zustand nicht ausreichend geeignet, um als alleiniges Instrument eine ausreichende Steuerungswirkung zu entfalten. Wir befürworten deshalb eine angemessen hohe CO<sub>2</sub>-Steuer, die eine Rückvergütungskomponente (Klimadividende) enthält und das Steueraufkommen zu 100% an die privaten Haushalte zurückgibt. Wir sehen dies als wichtigen Beitrag in Richtung einer ökologisch-orientierten sozialen Marktwirtschaft, die alle Bürger am Schutz des Klimas beteiligt, die Belastungen sozial angemessen verteilt und eine klimafreundliche Lebensweise durch eine Nettoentlastung belohnt. Wir sind uns bewusst, dass insbesondere Haushalte und Personen mit geringen Einkommen durch den Klimawandel selbst, als auch durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer besonders stark belastet wären und befürworten deshalb eine überdurchschnittliche Entlastung dieser Haushalte. Hinsichtlich der Höhe fordern wir einen Einstieg bei ca. 100€ je t CO<sub>2</sub> und einen transparenten, langfristigen und gesetzlich festgelegten Steigerungspfad, mit dem innerhalb von 5 Jahren ein CO<sub>2</sub>-Preis erreicht wird, der die tatsächlichen Kosten der Klimaschäden widerspiegelt. Für einen weitreichenden Erfolg der CO<sub>2</sub>-Steuer und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen sowie Carbon Leakage ist es wichtig, dass die CO<sub>2</sub>-Steuer zwar national begonnen, aber möglichst schnell auf einen europäischen Rahmen, idealerweise als Förder-/Importsteuer erweitert wird. Auch müssen alle Nutzungen von fossilen Rohstoffen und CO<sub>2</sub>-Quellen mit eingeschlossen werden, also auch Chemie und Baustoffindustrie, wie auch die Landwirtschaft. Eine reine Energiebesteuerung greift zu kurz. Aus sozialpolitischer Sicht ist es uns zudem wichtig, die Klimadividende nicht auf Grundsicherungsleistungen anzurechnen. Flankierend zur CO<sub>2</sub>-Steuer muss die Beseitigung von klimaschädlichen Fehlanreizen weiterer Bestandteil einer ökologisch-sozialen Reform sein. Hier ist besonders an die Abschaffung aller Subventionen, Steuerbefreiungen und Abgaben zu denken, die CO<sub>2</sub>-Emissionen begünstigen. Für besonders stark betroffene Industriezweige darf es keine Nachlässe wie beim EEG geben, sondern es braucht Investitionsbeihilfen und ordnungspolitische Leitplanken zum Umstieg auf CO<sub>2</sub>-freie Alternativen. Wir unterstützen den Vorstoß der Bundesgrünen und der grün-regierten Länder für ein konkretes Modell, einen Preis für den Ausstoß von CO<sub>2</sub> einzuführen. Nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen, werden ökonomische Anreize für Klimaschutz gesetzt. Wir wollen nach dem Grundsatz handeln: Die alte Energiewelt finanziert die neue. Hier muss der Bund aktiv werden.~~ Dadurch entsteht ein sozialer Klimaausgleich, der klimaschützendes Verhalten fördert.

## Begründung

Mit Beschluss vom 24.08.2019 hat sich die LAG für die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer mit 100% Rückvergütung an die Bürger ausgesprochen. Diesem Beschluss ging eine intensive Arbeit mit Referenten und Abwägungsprozessen von über einem Jahr und 3 Sitzungen voraus.

Die Höhe von 40€ je t CO<sub>2</sub> wird als unzureichend erachtet. (auch für den ETS)

Wir möchten hier verdeutlichen wie wir eine angemessene CO<sub>2</sub>-Steuer ermittelt haben:

Eine angemessene CO<sub>2</sub>-Steuer, darf Bürger und Unternehmen nicht überfordern, soll die gesellschaftlichen Kosten für die Klimazerstörung über die Zeit vollständig abbilden und eine Verhaltensänderung erzeugen. Um eine Verhaltensänderung zu erzeugen, muss die CO<sub>2</sub>-Steuer oberhalb von üblichen Preisschwankungen liegen.

Wir haben deshalb als Leitplanken für die Untergrenze der CO<sub>2</sub>-Steuer die Schwankungen in den Kraftstoffpreisen des Jahres 2018 (20ct/L = 20ct = 2,33kg CO<sub>2</sub>-->86€/t CO<sub>2</sub>) gesetzt und als "Obergrenze" die vom Umweltbundesamt ermittelten Klimaschäden je t CO<sub>2</sub> von 180€.

Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#textpart-5>

Quelle: <https://www.adac.de/infotestrat/tanken-kraftstoffe-und-antrieb/kraftstoffpreise/kraftstoff-durchschnittspreise/default.aspx>

Auf dieser Basis sprechen wir uns für einen Einstieg bei 100€ je t CO<sub>2</sub> aus. Dieser Betrag dürfte ein deutliches Preissignal auslösen, das CO<sub>2</sub>-freie - klimaschützende Alternativtechnologien deutlich begünstigt.

Kontinuierliche Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Steuer:

Die CO<sub>2</sub>-Steuer muss kontinuierlich erhöht werden, bis die Klimaneutralität der Wirtschaft hergestellt ist. Mit zunehmender Reduktion des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen sinken aber die Belastungen der Marktteilnehmer aus der CO<sub>2</sub>-Steuer. Um Anreize zur Umstellung weiter aufrecht zu erhalten muss die Steuer kontinuierlich erhöht werden. Um auch langfristige Investitionen positiv beeinflussen zu können muss die Steigerung transparent und fix sein. Idealerweise sollte der Steigerungspfad über 10 Jahre festgelegt sein, damit der Kostenvorteil auch für langfristige Investitionen berechnet werden kann.

100% Rückvergütung an natürliche Personen, aber nicht an Unternehmen, erachten wir als notwendig um die gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern und einkommensschwache Haushalte deutlich zu entlasten.

Wir sprechen uns für eine vollständige Rückvergütung (100%) und nicht für eine teilweise Rückvergütung und Stromsteuerabsenkung aus.

Eine Rückvergütung an Unternehmen aus dem Emissionshandel oder der CO<sub>2</sub>-Steuer ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll, da dadurch Preissignal und Innovations- bzw. Anpassungsanreize verringert werden. Wir sprechen uns anstelle einer direkten Entlastung von Unternehmen, aber für ausreichend hohe Investitionsbeihilfen für den Umstieg in THG freie Alternativen bzw. aus.

Einige Quellen zur Wirkung einer CO<sub>2</sub>-Steuer (mit Klimadividende):

[http://www.foes.de/pdf/2019-07-FOES\\_CO2Preis\\_Hintergrundpapier\\_BMU.pdf](http://www.foes.de/pdf/2019-07-FOES_CO2Preis_Hintergrundpapier_BMU.pdf)

[https://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_bmu\\_gutachten\\_co2.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_bmu_gutachten_co2.pdf)

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.635193.de/diwkompakt\\_2019-138.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.635193.de/diwkompakt_2019-138.pdf)

Prof. Stefan Rahmstorf: <https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/warum-ein-co2-preis-gerecht-und-notwendig-ist/>

Weltbank Carbon Pricing Report 2018:

<https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/29687/9781464812927.pdf>

<https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/co2-steuer-so-laeuft-es-in-anderen-laendern-a-1265123-3.html>